

IMPULSE SPEZIAL 2024

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Berufliche Bildung | Biodiversität und Klimawandel | Corporate Reputation |
Roman Herzog Forschungspreis 2024 | Im Interview: Veronika Grimm |
Globale Lieferketten | Vermögensverteilung | Wegwerfgesellschaft | Erwerbstätigkeit



Wissen im digitalen Doppelpack

Für ein ganzheitliches Bild von Wissenschaft

RHI-Kontexte
Der Forschung auf
den Grund gehen

Gastgeber:
Dr. Martin Lang



RHI-Podcasts
Die Menschen hinter
der Forschung
kennenlernen

Gastgeberin:
Tina Maier-Schneider



Jeden Donnerstag neu – ab 18:00 Uhr auf dem RHI-YouTube-Kanal



Einblicke

»
**Die Werte, nach denen wir
 leben und wirtschaften,
 sind nicht nur Vermächtnis,
 sondern auch Verpflichtung.**
 «

Was verbindet Biodiversität, berufliche Bildung und Unternehmensreputation? Das sind die Gewinnerthemen der diesjährigen Preisträgerinnen des Roman Herzog Forschungspreises Soziale Marktwirtschaft. Bei allen Unterschieden im Konkreten geht es ihnen im Kern um Verantwortung gegenüber anderen – vor allem mit Blick auf kommende Generationen.

Mit Nachhaltigkeit im umfassenden Sinn beschäftigen sich auch die weiteren Beiträge: zur Sicherheit globaler Lieferketten, zur Rolle von Konzernen und Konsumenten in der Wegwerfgesellschaft oder zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm erläutert im Interview, welche Reformen unser Land jetzt dringend braucht, wenn wir unseren Wohlstand wahren wollen.

Ein Aspekt ist mir dabei besonders wichtig: Die Modernisierung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betrifft nicht nur das Heute. Das Wohlergehen in der Zukunft steht ebenso auf dem Spiel. Grundlegende politische Entscheidungen müssen im Lichte dieser Verantwortung als eine generationenübergreifende Aufgabe betrachtet werden.

Doch in der aktuellen Situation, in der Kriege und Krisen unsere ganze Aufmerksamkeit fordern, kommt es zwangsläufig zu Zielkonflikten. Höhere Ausgaben, etwa für Verteidigung und die Instandsetzung maroder Infrastruktur, belasten die Staatskasse. Für weitreichende



Zukunftsvorsorge fehlen die finanziellen Spielräume. Politischer Weitblick wird einer kurzfristigen Krisenbekämpfung untergeordnet.

In diesem Jahr blicken wir auf 75 Jahre Grundgesetz zurück. Mit seiner Verabschiedung im Mai 1949 wagte der Parlamentarische Rat einen mutigen Neuanfang. Werte wie Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität bilden nach den traumatischen Erfahrungen von Naziregime und Krieg die Grundlagen unserer Demokratie – und das Fundament unserer Wirtschaftsordnung. Sie sind für uns nicht nur ein historisches Vermächtnis, sondern auch Verpflichtung.

Etwas von der Aufbruchsstimmung jener Zeit würde uns heute guttun. Darum wollen wir als Roman Herzog Institut auch weiterhin intensiv und auf wissenschaftlicher Basis die Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft beleben.

Professor Randolph Rodenstock
 Vorstandsvorsitzender
 Roman Herzog Institut e.V.



Berufliche Bildung

Digitale Kompetenzen stärken

Christina Langer

Dr. Christina Langer ist Postdoc am Stanford Digital Economy Lab, das zum Stanford Institute for Human-Centered Artificial Intelligence gehört. Sie ist Gastforscherin am ifo Institut München und absolvierte während ihrer Promotion an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt Forschungsaufenthalte an der Harvard University.

Technologische Entwicklungen schreiten heutzutage in einem beispiellosen Tempo voran. Das zieht tiefgreifende Veränderungen in der Arbeitswelt nach sich. Neue Technologien wie künstliche Intelligenz und Automatisierung transformieren nicht nur bestehende Berufe, sondern schaffen auch völlig neue Berufsfelder.

Diese Dynamik erfordert eine kontinuierliche Ausrichtung der Kompetenzen und Kenntnisse von Bewerber*innen und Beschäftigten auf die am Arbeitsmarkt gefragten Qualifikationen. Wie können Bildungspolitik und Bildungssystem effektiv auf diese Herausforderungen reagieren, um sowohl den Bedürfnissen der Menschen als auch den Anforderungen der Wirtschaft gerecht zu werden?

In unserer zunehmend digital dominierten Welt sind digitale Kompetenzen entscheidend für den Erfolg in nahezu jedem Beruf. So zeigt meine Forschung, dass die Erträge für diese Kompetenzen auf dem deutschen Arbeitsmarkt von 1990 bis 2017 um das Siebenfache gestiegen sind: Waren digitale Kompetenzen im Jahr 1990 mit durchschnittlich nur 0,27 Prozent höheren Löhnen verbunden, stiegen die Kompetenzerträge auf 1,96 Prozent mehr Lohn im Jahr 2017.

Auch komplementäre Fähigkeiten wie kognitive und soziale Kompetenzen sind sehr gefragt: Arbeitnehmer*innen, die höhere kognitive, soziale und digitale Kompetenzen während ihrer Ausbildung erworben haben, sind auf dem Arbeitsmarkt langfristig erfolgreicher und erzielen ein höheres Gehalt. Beispielsweise verdienen Arbeitnehmer*innen, die einen zusätzlichen Monat kognitive Fähigkeiten während der Ausbildung gelehrt bekommen haben, 16 bis 20 Jahre nach ihrem Eintritt ins Berufsleben durchschnittlich 500 Euro mehr im Jahr. Für soziale Kompetenzen entspricht dieser Wert 550 Euro jährlich, bei digitalen Kompetenzen sogar 800 Euro.

Die Lehre solcher Fähigkeiten beispielsweise in Ausbildungsplänen stärker zu verankern, ist für einen großen Teil der Bevölkerung relevant.

Es kann zu einer Diskrepanz zwischen den Kompetenzen der Arbeitnehmer*innen und den Anforderungen der Unternehmen kommen.

Denn in Deutschland, dessen strukturiertes und umfassendes berufliches Ausbildungssystem international einen sehr guten Ruf genießt, haben circa 60 Prozent der Beschäftigten eine Ausbildung absolviert. Trotz der Vorteile auf dem Arbeitsmarkt, die der Erwerb von stark nachgefragten Skills bringt, werden diese derzeit nur wenig im deutschen Ausbildungssystem vermittelt. Beispielsweise stehen digitale Kompetenzen in einer dreijährigen Ausbildung aktuell nur für durchschnittlich zwei Monate auf dem Lehrplan.

Dies kann zu einer Diskrepanz zwischen den Fähigkeiten führen, die Arbeitnehmer*innen erwerben, und denjenigen, die von den Unternehmen nachgefragt werden. Daher müssen politische Entscheidungsträger*innen sowie Vertreter*innen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammenarbeiten, um Ausbildungsordnungen zu entwickeln, die neben digitalen auch kognitive und soziale Kompetenzen fördern – etwa kritisches Denken, Problemlösungsfähigkeiten und Arbeiten im Team.

Die Neugestaltung der Ausbildungspläne sollte auf einer soliden empirischen Grundlage erfolgen und die aktuellen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes berücksichtigen. Allerdings bleibt das Problem, dass die Modernisierung von Ausbildungsordnungen – hauptsächlich aufgrund administrativer Hürden – nicht mit dem rasanten technologischen Fortschritt mithalten kann.

Doch nicht nur die rasche Reaktion auf die dynamischen Anforderungen des Arbeitsmarktes stellt eine zentrale Herausforderung für das moderne Bildungssystem dar. Mit Blick auf

den Fachkräftemangel ist es wichtig, breiten Zugang zu Bildung zu ermöglichen und von anderen Ländern zu lernen. So gibt es in den USA den Trend zum sogenannten Skills-based Hiring. Dabei werden Bewerber*innen aufgrund ihres Know-hows eingestellt und nicht wegen ihres formalen Bildungsabschlusses.

Dies ist vor allem im IT-Bereich, der stark vom Fachkräftemangel betroffen ist und in dem Programmierkenntnisse eine große Rolle spielen, eine Möglichkeit, der Knappheit von qualifizierten Arbeitskräften zu begegnen und gleichzeitig einen inklusiveren Arbeitsmarkt zu schaffen. Denn Skills-based Hiring kann auch in Deutschland dazu beitragen, Barrieren abzubauen, die bestimmte Bevölkerungsgruppen benachteiligen.

Die Modernisierung der Ausbildung muss mit dem technischen Fortschritt mithalten.

Um die Zukunft der Arbeit erfolgreich mitzugestalten, müssen Beschäftigte, Unternehmen und das Bildungssystem gleichermaßen anpassungsfähig bleiben und sich ständig weiterentwickeln. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die Menschen solche Kompetenzen erwerben, die nicht nur heute, sondern auch in Zukunft zum Erfolg führen.





Biodiversität und Klimawandel

Mehr Flexibilität und Effizienz beim Artenschutz

Charlotte Gerling

Dr. Charlotte Gerling ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl VWL, insb. Umweltökonomie der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

Jedes Jahr sterben weltweit 1.000 Arten aus, und der Klimawandel ist einer der wichtigsten Treiber für den Verlust an Artenvielfalt. Biodiversität in Flora und Fauna ist ein schützenswertes Gut, das unsere Lebensgrundlage bildet und zum Wohlstand und zur Zufriedenheit unserer Gesellschaft beiträgt. Aufgrund begrenzter finanzieller Mittel ist die Kosteneffizienz – das heißt ein möglichst hoher Schutz der Biodiversität bei gegebenem Budget – ein wichtiges wirtschaftliches Kriterium beim Artenschutz.

In der Vergangenheit wurden marktwirtschaftliche und ordnungsrechtliche Instrumente entwickelt und miteinander kombiniert, um die Artenvielfalt zu bewahren. Unter den Bedingungen des Klimawandels reichen diese jedoch nicht mehr aus. Damit stellt der Schutz der Biodiversität eine der großen globalen Herausforderungen dar, der sich die Menschheit stellen muss.

Der Artenschutz ist angesichts des Klimawandels grundsätzlich neu zu denken. Bisherige Strategien zielen auf den langfristigen Schutz geeigneter Flächen ab und setzen Anreize für die Umsetzung spezifischer Artenschutzmaßnahmen. Diese Ansätze sind aufgrund der klimawandelbedingten Dynamiken weiterzuentwickeln. Eine Schlüsselrolle spielt hierbei Flexibilität – und zwar in zweifacher Hinsicht:

- **Mehr räumliche Flexibilität.** Wenn sich aufgrund des Klimawandels die Eignung von Flächen für den Erhalt der Artenvielfalt und deren Kosten ändern, muss die Flächenauswahl immer wieder angepasst werden, um weiterhin kosteneffiziente Flächen zu schützen. Beispielsweise wandern viele Arten aufgrund des Klimawandels in Richtung der Pole oder in höhere Höhenlagen. Zudem können sich einige Flächen künftig besser und andere weniger gut für die Landwirtschaft eignen, was zu Kostenänderungen führt. Solche Effekte müssen berücksichtigt werden, um unter den Bedingungen des Klimawandels kosteneffiziente Flächen zu identifizieren.

- **Mehr Managementflexibilität.** Aufgrund des Klimawandels eignen sich einige Maßnahmen künftig mehr und andere weniger gut für den Schutz einer Art. So verschieben sich die Bruttermine vieler Wiesenbrüter. Maßnahmen, die auf eine Wiesenmahd während der Brutphasen verzichten, müssen also zeitlich angepasst werden, um die Art weiterhin effektiv zu schützen. Aber auch die Kosten von Schutzmaßnahmen können sich ändern, wenn der Klimawandel Änderungen bei der landwirtschaftlichen Flächennutzung erfordert. Solche Auswirkungen auf die Wirksamkeit und Kosten von Schutzmaßnahmen müssen berücksichtigt werden, um künftig kosteneffiziente Maßnahmen zu identifizieren.

Artenschutz muss angesichts des Klimawandels neu gedacht werden.

Insgesamt führen die Dynamiken im ökologischen und ökonomischen System dazu, dass die Auswahl von Flächen und Instrumenten zum Artenschutz adaptiv gestaltet werden muss. Während die räumliche Komponente beispielsweise in der »Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel« thematisiert wird, wird die Managementkomponente bislang häufig vernachlässigt.

Die nötige räumliche Flexibilität und Managementflexibilität müssen in die Ausgestaltung von Instrumenten des Artenschutzes einfließen. Beispielsweise kann es sinnvoll sein, zunehmend ungeeignete Flächen zugunsten künftig kosteneffizienterer Flächen zu verkaufen. Dies ist aufgrund aktueller Regulierungen jedoch meist nicht möglich. Ein weiteres Beispiel für mehr Flexibilität ist die Definition von Artenschutzmaßnahmen in Agrarumweltprogrammen. Werden diese dynamisch definiert, lässt sich regelmäßiges und aufwendiges Nachsteuern vermeiden.

Der Klimawandel und insbesondere die dadurch erforderliche Flexibilität müssen auch in der Auswahl der Instrumente mitbedacht werden. Somit eignet sich der Landkauf zwar gut für den langfristigen Schutz sogenannter Klimarefugien (Gebiete, in denen die klimatischen Bedingungen auch im Klimawandel relativ stabil bleiben), die Bedeutung von flexibleren Instrumenten wie dem Vertragsnaturschutz nimmt jedoch zu.

Der Klimawandel stellt den Artenschutz vor bislang ungelöste Aufgaben. Die Bundesregierung hat erkannt, dass es, um »den Schutz globaler Umweltgüter wie [...] der Biodiversität zu gewährleisten, [...] einer grundlegenden Weiterentwicklung des deutschen, aber auch des internationalen Ordnungsrahmens [bedarf]«. Die Erarbeitung von Empfehlungen bezüglich der Ausgestaltung von Politikinstrumenten für den Artenschutz ist demnach von hoher gesellschaftlicher Bedeutung.

Die Entwicklung zukunftsfähiger Instrumente des Artenschutzes, die räumliche Flexibilität in der Flächenauswahl und Managementflexibilität in der Auswahl von Maßnahmen ermöglichen, sind ein wichtiger Beitrag, um die aktuellen Herausforderungen des Artenschutzes in der Klimakrise anzugehen.





Corporate Reputation

Warum Banken ihre Aufsichtsbehörden nicht verklagen, es aber häufiger tun sollten

Sonja Heitzer

Dr. Sonja Heitzer, LL. M. (London) ist Akademische Rätin a. Z. und Habilitandin am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht der Ludwig-Maximilians-Universität München (Prof. Dr. Ann-Katrin Kaufhold).

»Reputation matters!« – auf den guten Ruf kommt es an: Das gilt für Privatpersonen, aber auch für Unternehmen und Betriebe. In der vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts werden Informationen und Werturteile binnen Sekundenbruchteilen mühe- und grenzenlos verbreitet. Wirtschaftsunternehmen können daher gar nicht anders, als sich zu fragen, wie sich ihr Tun und Lassen auf ihr Ansehen auswirken wird. Unternehmensreputation (englisch: Corporate Reputation) als Faktor anzuerkennen und ernst zu nehmen, ist wichtig – zumal er zu verstehen hilft, wieso sich die Akteure in der Sozialen Marktwirtschaft so verhalten, wie sie es tun.

Ein Beispiel: In der Finanzwelt wird nur höchst selten vor Gericht geklagt. Banken nehmen die Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) oder der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in aller Regel stillschweigend hin und setzen sie um – auch wenn sie Zweifel an deren Rechtmäßigkeit hegen. Die Bank of England etwa soll ganze 300 Jahre nicht verklagt worden sein.

Mit unzureichender anwaltlicher Beratung oder fehlender Rechtskenntnis lässt sich die mangelnde Klagebereitschaft nicht erklären. Diese mögen in sozialen Bereichen ein Hindernis sein, Banken aber sind juristisch sehr gut aufgestellt und zählen zu den Mandantenkreisen der bekanntesten und besten Kanzleien. Doch guter Rat ist nicht nur teuer, sondern mitunter auch defensiv. Nicht zu klagen kann sich lohnen, wenn dadurch die Reputation einer Bank geschützt wird

In der Sozialen Marktwirtschaft ist diese klägerische Zurückhaltung ein Problem. Wenn keine Gerichtsprozesse geführt werden, erfährt die Öffentlichkeit wenig über den Inhalt und die Hintergründe behördlicher Anweisungen. Richterinnen und Richter haben keinen Anlass, die betroffenen Gesetze auszulegen und den Rechtsstoff weiterzuentwickeln. Und die Behörden lernen nicht aus vergangenen Fehlern. Dass die Judikative als Staatsgewalt weit-

gehend ausfällt, wird sogar als mitursächlich für die Finanzkrise 2007/2008 angesehen.

Warum gehen gerade Banken nicht gegen aus ihrer Sicht für sie nachteilige Entscheidungen der Aufsichtsbehörden vor? Und würden Gerichtsprozesse zwangsläufig ihre Reputation in Mitleidenschaft ziehen? Weil die Finanzindustrie in den vergangenen Jahrzehnten eine enorme Bedeutung erlangt hat und sich vergleichbare Mechanismen auch in anderen Wirtschaftsbereichen auf tun können, ist es wichtig, diesen Fragen nachzugehen.

Dabei zeigt sich: »Die« Reputation eines Unternehmens gibt es nicht. Welches Ansehen ein Betrieb genießt, kann nur differenziert und aus der Warte der jeweiligen Interessengruppe beurteilt werden. Denn jeder Stakeholder bemisst die »Corporate Reputation« nach anderen Kriterien. So ist für Kunden die Qualität der angebotenen Produkte und Dienstleistungen entscheidend, für Investorinnen hingegen die Profitabilität des Unternehmens. Die Angestellten legen Wert auf das Gehaltsniveau und das Arbeitsklima. Den Aufsichtsbehörden geht es stattdessen darum, dass Regeln eingehalten sowie ihre Anordnungen schnell und reibungslos umgesetzt werden.

Entsprechend vielseitig gestalten sich auch die Folgen etwaiger Gerichtsprozesse. Während eine Rechtsstreitigkeit »ihrer« Bank mit EZB oder BaFin konservative Kunden verunsichern kann, mögen risikofreudige Investorinnen jublieren. Weil die Materie komplex und der Streit in der Sache von Laien oft kaum nachzuvollziehen ist, hängen die Einschätzungen zudem stark von Medienberichten und den Reaktionen der Ratingagenturen ab.

Dabei ist es für Banken nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern sogar rechtlich verpflichtend, ihr Reputationsrisiko zu beobachten und zu quantifizieren. Eine entsprechende Regelung wurde nach der Finanzkrise eingeführt. Im Ergebnis überwiegt mit Blick auf einen möglichen Gerichtsprozess weiterhin oft das Contra.

Klagen können die Transparenz erhöhen sowie für Klarheit und Weiterentwicklung des Rechts sorgen.

Für die Soziale Marktwirtschaft folgt daraus zweierlei. Um zu verhindern, dass sich einzelne Wirtschaftsbereiche entkoppeln und Staat und Gesellschaft keine Details über die Vorgänge dort erfahren, muss an einer reputationssensiblen Streitkultur gefeilt werden. Das bedeutet, die negativen Effekte zu reduzieren, die Rechtsschutzverfahren auf das Image des Klägers haben können. Dazu beitragen kann eine medienkompetente Begleitung von Gerichtsverfahren. Die Öffentlichkeit muss rechtzeitig und verständlich darüber informiert werden, was ein Gerichtsverfahren bedeutet und was nicht. So heißt ein gerichtliches Vorgehen gegen eine behördliche Sparvorgabe beispielsweise nicht, dass die Bank nicht zahlen *kann*, sondern nur, dass sie nicht zahlen *möchte*.

Es ist schon viel gewonnen, wenn es uns gelingt, Streit wieder als Wert an sich zu begreifen, der uns zu den besten Lösungen in der Sache führt. Im Zeitalter der sozialen Medien kann Reputation in Rekordtempo beschädigt werden. Der Gang vor Gericht darf keinen Anlass dazu bilden.





Ordnung im Wandel

Roman Herzog Forschungspreis 2024

In Zeiten des Umbruchs brauchen Wirtschaft und Gesellschaft frische Impulse. Für ihre Forschung zur Sozialen Marktwirtschaft hat das Roman Herzog Institut am 11. Juni 2024 drei junge Wissenschaftlerinnen ausgezeichnet. In den prämierten Arbeiten geht es um berufliche Qualifikationen, kosteneffizienten Artenschutz und die gerichtliche Kontrolle der Finanzaufsicht.



Die Preisverleihung 2024 im Video

»Es entspricht unserer Denktradition am RHI, die Soziale Marktwirtschaft aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven zu beleuchten. Der Forschungspreis bildet diese Vielfalt in hervorragender Weise ab«, sagte der RHI-Vorstandsvorsitzende Professor Randolf Rodenstock bei der Preisverleihung im Literaturhaus München.

Wie sich in der Ausbildung erworbene Kompetenzen auf den beruflichen Erfolg von Beschäftigten auswirken, untersuchte die **mit dem ersten Preis geehrte Dr. Christina Langer**. Soziale, digitale und kollaborative Fähigkeiten

werden bei der Jobsuche immer wichtiger. So sind etwa IT-Kenntnisse sehr gefragt, doch spielen sie in den Lehrplänen oft nur eine untergeordnete Rolle. Die Preisträgerin rät, die Ausbildungsordnungen zu modernisieren und die berufliche Qualifizierung ständig am technischen Fortschritt auszurichten.

Mit kosteneffizienten und flexiblen Strategien für den Artenschutz befasste sich die **zweite Preisträgerin Dr. Charlotte Gerling**. Sie zeigt, dass zeitlich befristete Naturschutzverträge aus ökonomischer und ökologischer Sicht sinnvoller sein können als herkömmliche Maßnahmen wie der einmalige Ankauf und die Stilllegung von Flächen. Insgesamt rät sie dazu, Instrumente zum Erhalt der Biodiversität flexibler auszugestalten und einzusetzen.

Die Gründe für das geringe Interesse von Banken, gegen Entscheidungen der Finanzbehörden vor Gericht zu ziehen, analysiert die **Drittplatzierte Dr. Sonja Heitzer**. Durch ihre Zurückhaltung bringen die Geldinstitute nicht nur sich selbst um ihr Recht, sondern verhindern auch die Kontrolle der Finanzaufsicht. Die Preisträgerin zeigt Lösungswege auf und ermuntert die Banken, häufiger Klagen gegen ihre Aufsichtsbehörden anzustrengen, wenn sie mit deren Entscheidungen nicht einverstanden sind.

Ein breites Themenspektrum und die interdisziplinäre Ausrichtung sind Wesensmerkmale des Roman Herzog Forschungspreises, der jährlich vergeben und von der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. gefördert und unterstützt wird. Prämiert werden Forschungsarbeiten, die über ordnungspolitische Fragestellungen hinaus auch juristische, sozialwissenschaftliche, ethische oder – wie in diesem Jahr – ökologische Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft beleuchten.

Im Kern geht es dabei um die Frage: Wie gut ist unsere Wirtschaftsordnung aufgestellt angesichts der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Klima- und Energiewende,

geopolitische Krisen und demografischer Wandel? »Die Soziale Marktwirtschaft ist kein in Stein gemeißeltes Regelwerk. Anpassungsfähigkeit zeichnet sie aus. Indem wir sie weiterentwickeln, machen wir sie krisenfest und resilient«, stellte Rodenstock fest. Das scheint heute wichtiger denn je, da die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland schwächelt und die politischen Ränder erstarren.

Wie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation in Deutschland gelingen kann und welche Impulse dafür nötig sind, verdeutlichte Professor Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in ihrer Festrede. Die Energieversorgung des Industriestandorts Deutschland langfristig zu sichern, ist ihr zufolge eine vordringliche Aufgabe. Zudem müssten einseitige Abhängigkeiten – etwa von Importen aus China – abgebaut und neue Handelsbeziehungen aufgebaut werden. Mit Blick auf klimaneutrale Lösungen sollten die europäischen Staaten an einem Strang ziehen, statt sich gegenseitig zu behindern.

Die Expertin warb um mehr Akzeptanz und Offenheit für neue Technologien wie die künstliche Intelligenz. Zukunftsorientiert zu denken und sich laufend weiterzubilden, sei in der modernen Arbeitswelt unerlässlich. Diesem Appell schlossen sich auch die Preisträgerinnen an.



Prof. Dr. Veronika Grimm

- Energieversorgung
- Wachstumsschwäche
- Abwanderung der Industrie
- Geopolitik





Wir haben es aktuell mit vielen Baustellen zu tun: Klimapolitik, Energiesicherheit, Verteidigung, Renten ... Frau Professor Grimm, was müssen wir zuerst anpacken – und wo sehen Sie Zielkonflikte?
Tatsächlich stehen wir vor großen Aufgaben. Aber wir können vielfach auch Synergien nutzen, um sie zu lösen – etwa bei der Energieversorgung.

Wie funktioniert das?

Indem wir uns beispielsweise um Handelspartner bemühen, die neben Energie – also grünem Wasserstoff und darauf basierenden Energieträgern – auch Rohstoffe liefern. Außerdem lassen sich mit dem zukünftigen »grünen Energiehandel« entwicklungspolitische Ziele verbinden. Wir könnten vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen, im globalen Energiehandel mitzuspielen. Und Energiepolitik ist schließlich auch Industriepolitik: Wenn wir bis 2030 die Versorgung mit ausreichend erneuerbarer Energie sicherstellen, können wir die Abwanderung der Industrie aus Deutschland bremsen. Denn die Investitionen von energieintensiven Unternehmen hängen stark davon ab, ob deren Entscheider erwarten, dass genügend klimafreundliche Energieträger verfügbar sein werden.

»Mehr Geld reicht nicht – wir müssen es besser machen!«

Fortschritt braucht Veränderung – aber welcher Transformationspfad ist der richtige, welcher führt in eine Sackgasse? Darüber sprachen RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang und Prof. Dr. Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bei der elften Verleihung des Roman Herzog Forschungspreises.

Bei der Energiebeschaffung stehen wir auch vor geopolitischen Hürden: Weltweit nimmt die Zahl der autokratisch regierten Staaten zu. Wie soll der Westen darauf reagieren?

Vor allem müssen wir Abhängigkeiten abbauen. Die Gaslieferungen aus Russland sind zwar gestoppt, doch die Abhängigkeit von China im Außenhandel ist nach wie vor hoch. Statt die Bande mit aktuellen Partnern zu kappen, sollten wir mit möglichst vielen Staaten neue Handelspartnerschaften knüpfen – oder auch



Wir müssen bis 2030 die Versorgung mit erneuerbarer Energie sicherstellen, um die Deindustrialisierung zu stoppen.



bestehende stärken. Dazu gibt es gute Möglichkeiten. Zum Beispiel werden wir in den kommenden Jahren in großem Umfang auf Importe von erneuerbarer Energie angewiesen sein. Das Prinzip heißt also nicht »aussteigen«, sondern »einsteigen« und dadurch diversifizieren. Der Umstieg auf erneuerbare Energien erlaubt uns, für mehr Ausgewogenheit und Nachhaltigkeit in der Energiebeschaffung sorgen.

In puncto Nachhaltigkeit gibt es auch Handlungsbedarf bei unserem Rentensystem. Welche Anpassungen halten Sie für nötig?

Der entscheidende Baustein für einen nachhaltigen Umbau der gesetzlichen Rente ist die Kopplung des Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung. Dann bliebe das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern in etwa konstant. Das ist auch keine so große Bürde, wie oft behauptet wird, weil die fernere Lebenserwartung ja nicht rasant ansteigt.

Haben Sie noch weitere Reformvorschläge für die gesetzliche Rentenversicherung?

Wir sollten Rentenerhöhungen an der Teuerungsrate orientieren statt an der Lohnentwicklung. Dann steigen die Renten zwar langsamer, aber die Preissteigerungen werden trotzdem aufgefangen. Wichtig wäre aber vor allem, parallel zum bestehenden Umlagesystem eine funktionsfähige kapitalgedeckte Alterssicherung zu etablieren.

So wie es das Rentenpaket II der Bundesregierung mit dem »Generationenkapital« vorsieht?

Dieses Konzept halte ich nicht für sinnvoll, weil schuldenbasiert angespart wird, um die gesetzliche Rentenversicherung sozusagen in homöopathischen Dosen zu entlasten. Das Verfahren bietet zudem keinerlei Lerneffekte für die Versicherten: Sie selbst können nicht mitverfolgen, wie ertragreich und attraktiv die kapitalgedeckte Altersvorsorge für sie ist. Stattdessen sollte man mit individualisierten Konten arbeiten und die Menschen schon früh daran gewöhnen, selbst Kapital für ihre Alterssicherung anzusparen. Damit kann man schon in der Schule beginnen.

Das Stichwort »Schule« bringt uns zum Thema Bildung. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen und Universitäten wird immer wieder gefordert. Aber ist der Bildungsnotstand allein durch mehr Geld zu beheben?

Das ist mir zu simpel gedacht – wir müssen es auch besser machen! In den Schulen treffen heute Kinder und Jugendliche mit völlig unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen aufeinander. Unser Anspruch muss sein, allen die gleiche Chance auf Bildung zu bieten. Dazu gehört, dass die Betreuung nach dem Unterricht allen Kindern, insbesondere auch den benachteiligten, Chancen eröffnet: über Freizeitangebote und gute Betreuung bei den Hausaufgaben etwa. Eine bessere Kinderbetreuung ist darüber hinaus auch eine Stellschraube, mit der man den hohen Anteil von Teilzeitarbeit bei Frauen senken könnte.



Wir brauchen Wachstum. Mit »Degrowth« können wir wichtige politische und gesellschaftliche Ziele nicht erreichen.



Das käme der wirtschaftlichen Entwicklung zweifellos zugute. Kritiker halten dagegen, dass Wachstum nicht zwingend nötig sei für ein gutes Leben ...

Das ist naiv. Ohne Wachstum sinken die Steuereinnahmen, wir hätten Probleme, die sozialen Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten und zugleich die notwendigen Investitionen zu stemmen. Etwa beim Thema Verteidigung: Wie sollen wir verteidigungsfähig bleiben – oder erst einmal werden – in einer schrumpfenden Volkswirtschaft? Auch der Klimaschutz kostet Geld – und die Akzeptanz dafür würde sinken, wenn er mir realen Wohlstandseinbußen verbunden ist. Ein Degrowth-Pfad kann so letztlich unsere Demokratie gefährden, wenn die zunehmende Unzufriedenheit die extremen Ränder des politischen Spektrums stärkt.



Globale Lieferketten

Diversifizierung statt Abschottung

Peter Eppinger

Dr. Peter Eppinger ist Akademischer Rat an der Universität Tübingen, Mitglied im CESifo Netzwerk und Träger des Roman Herzog Forschungspreises 2019.


Erleben wir derzeit eine Phase der Deglobalisierung? Angesichts von Brexit, Handelskriegen und Subventionswettstreit in Schlüsseltechnologien ist zumindest ein gebremstes Wachstum des Welthandels nicht von der Hand zu weisen.

Die Ursachen hierfür sind zuvorderst politischer Natur. Seit Beginn der Coronapandemie und verstärkt durch den russischen Angriff auf die Ukraine sind Begriffe wie »Decoupling« oder »Reshoring« (also »Entkopplung« oder »Heimholung«) von Wertschöpfungsketten in aller Munde. Die Diskussion um globale Lieferketten wird vor allem von der Sorge getrieben, dass wir uns durch Handelsverflechtungen von bestimmten Ländern abhängig gemacht haben und in Krisenfällen unvorhersehbaren Engpässen ausgesetzt sind. Handelsbeschränkungen betrafen daher in den vergangenen Jahren zunehmend den internationalen Handel mit Vorprodukten – sei es Erdgas, Stahl oder Halbleiter.


Diese Entwicklung ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Handelsbeschränkungen auf Vorprodukte gefährden nicht nur klassische Handelsgewinne, sondern sie beeinträchtigen indirekt die gesamte Wertschöpfungskette. So erhöhen sich durch verteuerte Vorprodukte die Preise der damit erzeugten Zwischen- und Endprodukte, die wiederum verzerrenden Zöllen und Steuern unterliegen. Der gesamtwirtschaftliche Schaden ist entsprechend hoch.

Ein Kernproblem liegt darin, dass die Idee der »Entkopplung« aus der Angst geboren und nicht durchdacht ist. Eine intelligente Politik zur Bewältigung von Verwerfungen und Abhängigkeiten in Lieferketten erfordert jedoch eine

»
Die vielfach diskutierte
Entkopplung von Lieferketten
ist aus der Angst geboren und
nicht durchdacht.
«



Das Gebot der Stunde lautet intelligente Diversifizierung von Handelsbeziehungen statt Abschottung.



fundierte ökonomische Analyse der zugrunde liegenden Marktversagen und Wirkungsmechanismen. Andernfalls stehen solche Maßnahmen im Verdacht, den Partikularinteressen einzelner Branchen zu dienen, den Verbrauchern aber zu schaden.

Als Beitrag zu dieser Debatte haben wir in einer aktuellen Studie Szenarien der Entkopplung von internationalen Lieferketten simuliert. Darin vergleichen wir die Effizienzverluste einer solchen Entkopplung mit den daraus erwachsenden Vorteilen, dass man sich von Krisen im Ausland unabhängiger macht, also negative internationale Spillover-Effekte abschwächt. Das Ergebnis ist eindeutig: Ein Rückzug aus internationalen Lieferketten verursacht einen gesamtwirtschaftlichen Schaden, der diese Vorteile bei Weitem übertrifft. Unser Ergebnis bestätigt sich in einer Vielzahl von Szenarien, selbst in Anbetracht drastischer Verwerfungen im Ausland. Für Deutschland finden wir nicht einmal die erhoffte Abschwächung der negativen Spillover-Effekte. Eine breit angelegte Entkopplung von globalen Lieferketten ist ökonomisch schlicht nicht sinnvoll.

Das Gebot der Stunde ist nicht die Abschottung, sondern eine intelligente Diversifizierung von internationalen Handelsbeziehungen mit dem Ziel der Risikostreuung. Globale Lieferketten müssen nicht das Einfallstor für negative Spillover-Effekte sein. Im Gegenteil: Sie können vielmehr wie eine Versicherung wirken. Dies gilt bei Krisen bei unseren Handelspartnern und es gilt insbesondere dann, wenn Deutschland oder Europa selbst von einer Krise betroffen ist. Diversifizierte Importe sind dann von entscheidendem Vorteil; Abschottung hingegen wäre besonders schädlich.

Für die Soziale Marktwirtschaft stellt sich die Frage: Besteht politischer Handlungsbedarf oder diversifizieren die Unternehmen selbst hinreichend? Um staatliches Handeln zu begründen, ist es entscheidend, ob die private Risikoabwägung der Unternehmen wichtige gesamtwirtschaftliche Aspekte außer Acht lässt. Zumindest bei kritischen Gütern, bei denen Lieferengpässe gravierende Auswirkungen hätten – etwa bei Medikamenten, bestimmten Rohstoffen oder Halbleitern –, kann es tatsächlich sein, dass Unternehmen eine zu riskante Beschaffungsstrategie wählen. Dann könnte eine staatliche Lenkung hin zu größerer Diversifizierung angezeigt sein. Umfragen deuten allerdings darauf hin, dass deutsche Firmen bereits genau das tun: Sie bemühen sich, weitere Zulieferer zu finden und ihre Bezugsquellen zu diversifizieren. Sie haben also ohne staatliche Lenkung eine Kurskorrektur vorgenommen. Offen bleibt, ob diese Korrektur bereits ausreicht.

Seit ihren Anfängen hat sich die Diskussion um globale Lieferketten weiterentwickelt. Die neueren Begriffe »Friendshoring« und »Derisking« beschreiben politische Bestrebungen, die europäischen Handelsbeziehungen strategisch zu verschieben – vor allem um Abhängigkeiten von China und Russland zu reduzieren. Solche Überlegungen sind wichtig und richtig; diese Begriffe sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dahinter immer auch »Decoupling« steckt, inklusive der entsprechenden Kosten.

Die Politik kann einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigen und robusten Lieferketten leisten, indem sie nach sorgfältiger Analyse eine Diversifizierung bei kritischen Gütern gezielt fördert und sich im internationalen Handelssystem beständig für faire, einheitliche Wettbewerbsbedingungen starkmacht. Unsere Antwort auf die »America first«-Politik in den USA und geopolitische Risiken in Osteuropa und Asien sollte keinesfalls »Germany first« oder »Europe first« lauten. Vielmehr sollten wir auf eine kluge Intensivierung und Diversifizierung der internationalen Arbeitsteilung setzen – mit all ihren wohlbekannten Vorteilen.



Vermögens- verteilung

Gleichmäßigere Vererbung von Land stärkte Unternehmertum

Charlotte Bartels

Dr. Charlotte Bartels ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Seit 2023 ist sie Mitglied der Jungen Akademie an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. 2015 erhielt sie den Roman Herzog Forschungspreis.

Was sind die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen einer gleichmäßigeren Verteilung ökonomischer Ressourcen? Schadet Ungleichheit dem Wirtschaftswachstum? Diese Fragen sind wieder aktuell. Denn nach einer langen Phase sinkender oder stabiler Ungleichheit hat sich seit den 1980er Jahren die Schere zwischen Arm und Reich in zahlreichen Industrieländern wie Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden, den USA oder dem Vereinigten Königreich wieder stärker geöffnet.

Ob Ungleichheit dem Wirtschaftswachstum schadet, ist eine Frage, die Ökonomen seit Langem beschäftigt und gar nicht einfach zu beantworten ist. Viele Faktoren beeinflussen gleichzeitig Ungleichheit und Wachstum. Im historischen Kontext können das auch über einen langen Zeitraum geltende Regelungen, formelle oder informelle Institutionen, sein. Über sogenannte Pfadabhängigkeiten kommt es dann zu unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen.

In unserer Studie »Long-Term Effects of Equal Sharing: Evidence from Inheritance Rules for Land« nutzen Simon Jäger, Natalie Obergruber und ich die regional unterschiedlichen Erbschaftsregeln für Grund und Boden, um uns dieser Frage anzunehmen. Seit dem Mittelalter wurde dieser in einigen Gebieten Deutschlands an einen einzigen Erben weitergegeben (Anerbenrecht), während in anderen Gebieten das Land unter den Kindern – auch den Töchtern – gleich aufgeteilt wurde (Realteilung).

Realteilung wurde vor allem in Baden, Württemberg, Hessen und den westlichen Regionen Preußens praktiziert, das Anerbenrecht vor allem im Norden, Osten und weiten Teilen Bayerns. Das Reichserbhofgesetz von 1933 führte zwar vorübergehend das Anerbenrecht deutschlandweit ein, wurde aber 1947 von den Alliierten aufgehoben. Bis heute gilt das Anerbenrecht in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein durch landesspezifische Höfeordnungen.

Zentral für unsere Untersuchung: Die Erbschaftsregeln variierten über politische, sprachliche, geologische und religiöse Grenzen hinweg. Es gibt also keine Kombination von Gründen, die auf die jeweils regional geltende Erbschaftsregel – Anerbenrecht oder Realteilung – schließen lassen. Solche historischen Zufälligkeiten, sogenannte Quasi-Experimente, bieten Wissenschaftlern die Möglichkeit, kausale Beziehungen herzustellen. In unserer Studie ist das die Frage: Was ist der Effekt einer gleicheren Verteilung von Land auf das langfristige Wirtschaftswachstum?

Im Ergebnis zeigt sich, dass eine gleichere Verteilung von Land langfristig zu höherem Wachstum geführt hat. Die Menschen in Gebieten mit Realteilung waren in der Zeit von Deutschlands Hochindustrialisierung (1870 bis 1914) unternehmerisch aktiver. Ein größerer und wachsender Bevölkerungsanteil arbeitete im Verarbeitenden Gewerbe, besonders in innovativen Branchen. Zwischen 1877 und 1914 entstanden in den Regionen mit Realteilung deutlich mehr Patente.

Nach der ersten Industrialisierungsphase waren zum Ende des 19. Jahrhunderts noch keine signifikanten Einkommensunterschiede erkennbar. In den 1920er und 1930er Jahren tat sich dann aber eine wachsende Einkommens- und Vermögenskluft zwischen den Regionen mit verschiedenen Erbschaftsregeln auf. In diese Zeit fällt auch die Expansion der Chemie- und der Elektroindustrie. Neue Industriezweige wie die Automobilindustrie und ihre lokalen Zulieferketten entstanden verstärkt in Gebieten mit gleicher Teilung.

Dieser Trend setzte sich in der Nachkriegszeit fort und führte zu erheblichen Produktivitätsunterschieden zwischen Gebieten mit Realteilung und solchen mit Anerbenrecht. Heute liegt die Einkommenslücke bei etwa 6 Prozent. Das höhere Wirtschaftswachstum in Gebieten mit Realteilung lässt sich nicht auf dort systematisch bessere Ausgangsbedingungen zurückführen, also nicht auf eine dort höhere

landwirtschaftliche Produktivität, fruchtbarere Böden, bessere allgemeine Bildung oder eine größere städtische Bevölkerung.

Der gleichere Zugang zu Land vergrößerte in den Gebieten mit Realteilung die Zahl potenzieller Unternehmer. Aufgrund der Erbregelung gab es dort im Vergleich zu Gebieten mit Anerbenrecht mehr eigenständige Landwirte, die auf den kleineren Anbauflächen zumindest ein kleines landwirtschaftliches Einkommen erwirtschafteten. Einen Teil davon konnten sie in Innovationen investieren, wie die Produktion von Seifen oder Uhren in der heimischen Werkstätte, woraus sie wiederum zusätzliches Einkommen generierten. Die Geschwister in Anerbenrechtsgebieten halfen hingegen in der Regel dem Erstgeborenen auf dem Hof und konnten sich daneben meist nicht selbst wirtschaftlich betätigen. Bis heute gibt es in Realteilungsgebieten mehr Unternehmen und diese sind im Durchschnitt kleiner und produktiver als in Gebieten mit Anerbenrecht.

Die gleichmäßigere Verteilung von Land – der wichtigsten Vermögensform im Deutschland des 19. Jahrhunderts – in Regionen mit Realteilung ermöglichte es breiten Teilen der Bevölkerung, sich unternehmerisch zu betätigen. Diese Unternehmertätigkeit bildete den Nährboden für den heutigen innovativen Mittelstand und prägte langfristig die industrielle Geografie Deutschlands. Die gleichberechtigte Aufteilung des Bodens erwies sich als eine inklusive Regel, die vielen Mitgliedern der Bevölkerung Wohlstand brachte.



Wegwerf- gesellschaft

Wer produziert den Plastikmüll?

Roman Köster

PD Dr. phil. Roman Köster ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte von Wirtschaftskrisen und die Geschichte des Abfalls.

Im April 2024 ging die Meldung durch die Medien: Laut einer im Fachmagazin »Science Advances« veröffentlichten Studie sind 60 multinationale Unternehmen für die Hälfte des globalen Plastikmülls verantwortlich, vier davon sogar für ein Viertel. Der wichtigste Umweltsünder ist dabei – wenig überraschend – der Getränkekonzern Coca-Cola, dem sich allein 11 Prozent des von der Studie erfassten Abfalls zuordnen lassen.

Angesichts gigantischer Müllstrudel in den Weltmeeren, zahllosen Deponiebränden – die einen lange unterschätzten Beitrag zur globalen Erwärmung leisten – und der Verschmutzung von Böden erscheint das bedrückend. Aber wird hier nicht trotzdem etwas leichtfertig mit dem Begriff der Verantwortung umgegangen?

»»
**In der Abfalldebatte wird
zu leichtfertig mit dem Begriff
Verantwortung umgegangen.**
««

Denn wer »produziert« den ganzen Plastikmüll eigentlich: Sind das die Hersteller von Kunststoffen? Die Getränkekonzerne, die die Flaschen befüllen? Die Speditionsunternehmen, die die Flaschen zu den Supermärkten bringen? Oder sind gar wir selbst das Problem, die wir diese Flaschen kaufen, nichts mehr mit ihnen anzufangen wissen und sie schließlich in Abfall verwandeln, indem wir sie wegwerfen?

Diese Frage ist offensichtlich kompliziert zu beantworten – so kompliziert, dass auch das Abfallrecht die Frage nach den Produzenten des Mülls flexibel handhabt. Offensichtlich gilt beim Abfall das Motto: »We're in it together – wir hängen alle mit drin.« Müll ist eine Nebenfolge bestimmter Formen von Massenproduktion und -konsum, zu denen auch wir durch Einkäufe im Supermarkt und das tagtägliche Wegwerfen beisteuern.

Das Problem der Verantwortlichkeit ist damit aber noch lange nicht geklärt. Zwar produzieren wir den Müll selbst, aber doch nicht aus freien Stücken. In einer Welt der Supermärkte lässt sich durchaus mit Recht argumentieren, die Verwirklichung eines ökologischen Lebensstils würde immer wieder an den äußeren Bedingungen scheitern.

Und bei der Frage, wer dafür verantwortlich zu machen ist, kommen dann doch wieder die multinationalen Unternehmen ins Spiel. So hat der amerikanische Historiker Bartow J. Elmore die These aufgestellt, die von Coca-Cola forcierte Durchsetzung von Plastikflaschen seit den späten 1960er Jahren hätte damalige Pfandsysteme verdrängt und die Müllmengen ansteigen lassen. Die Recyclingprogramme, die das Unternehmen seit den späten 1970er Jahren finanzierte, hätten lediglich Probleme gelindert, die das Unternehmen überhaupt erst geschaffen hatte.

Elmore begeht jedoch einen Denkfehler: Er behauptet nämlich, Coca-Cola sei zur Einführung der Plastikflasche gar nicht gezwungen gewesen, viele Händler hätten diese damals sogar abgelehnt. Das Gegenteil ist richtig: Wir würden den Namen »Coca-Cola« heute wahrscheinlich nicht einmal mehr kennen, hätte das Unternehmen nicht sukzessive auf Plastikflaschen umgestellt. Diese bieten nämlich gegenüber Glasflaschen zahlreiche logistische Vorteile: Sie sind leichter und vor allem sehr viel strapazierfähiger. Sie erleichterten den Aufbau einer großflächigen Logistik, was mit Glasflaschen sehr viel schwerer möglich war.

Dieser wirtschaftlichen Veränderungsdynamik hätte sich ein Unternehmen wie Coca-Cola nur um den Preis des eigenen Untergangs entziehen können. Der Blick auf Länder, in denen die Einführung von Plastikflaschen nicht politisch gebremst wurde (wie in den USA oder Frankreich), zeigte bald die Dominanz weniger Großunternehmen. Firmen, die sich diesen Neuerungen widersetzen, verschwanden dort vom Markt. Dass in Deutschland am



Konzerne und Konsumenten sind Komplizen in der globalen Müllmaschinerie.

Ende der 1960er Jahre das Pfand auf Glasflaschen erhalten blieb, war nur der Lobbyarbeit der Brauindustrie zu verdanken, die auf diese Weise die zahllosen Klein- und Kleinstbrauereien schützen wollte.

Zugleich profitierten aber auch die Kunden von der flächendeckenden Umstellung auf Plastikflaschen: durch niedrigere Preise und leichteres Handling. Ähnliche Entwicklungen lassen sich bei zahllosen anderen Produkten beobachten. Eine verpackungsintensive Logistik ermöglichte neue Formen der Massenproduktion und -distribution, wodurch Waren immer billiger und leichter verfügbar wurden. Wenn ein Haushalt in Deutschland heutzutage im Durchschnitt weniger als 10 Prozent seines Budgets für Lebensmittel ausgibt – in den 1950er Jahren waren es noch 50 Prozent –, dann hat das ganz wesentlich mit solchen Veränderungen zu tun.

Insofern lässt sich die Verantwortung für den Müll nicht so einfach auf »die« Konzerne abwälzen. Die Veränderungen des Konsumierens laufen ja nicht einfach hinter unserem Rücken ab, sondern wir rationalisieren unser Verhalten gemäß den von ihnen geschaffenen Möglichkeiten – etwa indem wir wie beim Versandhandel oder beim Fast Food ständig Gelegenheiten ergreifen, anders, bequemer, billiger, schneller zu konsumieren. Das macht uns zu Komplizen in der großen globalen Müllmaschinerie.



Erwerbstätigkeit

Wir müssen wieder länger arbeiten

Dominik H. Enste | Martin Werding

Über die Arbeitszeit wird so viel diskutiert wie seit Langem nicht mehr. Individuelle Wünsche – wie eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit, am besten als 4-Tage-Woche – werden vor allem von gut qualifizierten jungen Menschen geäußert. Aufgrund der für sie günstigen Lage am Arbeitsmarkt können sie diese vielfach auch durchsetzen.

Zugleich wird in Unternehmen und Politik darüber geklagt, dass überall Arbeitskräfte fehlen, sei es in der Gastronomie, in Sozial- und Gesundheitsberufen oder im Handwerk. Aber auch in der Industrie sind Expertinnen und Experten knapp: Allein in MINT-Berufen fehlen fast 300.000 Arbeitskräfte – sowohl Akademiker als auch Facharbeiter werden im Bereich von Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik händeringend gesucht. Der persönliche Wunsch nach Verringerung der Arbeitszeit kollidiert mit Notwendigkeiten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, diese auszudehnen.

Prof. Dr. Dominik H. Enste ist Clusterleiter im Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und Geschäftsführer der IW Akademie in Köln. Zudem ist er Professor für Institutionenökonomik und Wirtschaftsethik an der Technischen Hochschule Köln.

Prof. Dr. Martin Werding ist Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum (RUB).

Ein differenzierter Blick auf die Erwerbstätigenquote, die wöchentliche Arbeitszeit und die Jahre, die Menschen in Arbeit verbringen, deckt Potenziale zur Abmilderung dieses Dilemmas auf. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt zudem, ob die Menschen in Deutschland wirklich so fleißig sind, wie immer behauptet wird. In einer umfangreichen Studie für das Roman Herzog Institut haben wir die Lebens-

arbeitszeiten auf Basis von OECD- und Eurostat-Daten ermittelt, die ein Erwerbsfähiger im Laufe seines Lebens im Durchschnitt arbeitet.

So weisen Erwerbstätige in Estland mit 71.331 Stunden die längste Lebensarbeitszeit auf, gefolgt von jenen in Island (65.784), Irland (65.285) und der Schweiz (64.218). Deutschland liegt mit 52.662 Stunden auf dem vorletzten Platz unter 29 europäischen Ländern. Am unteren Ende finden sich außerdem Luxemburg (51.113 Stunden), Belgien (52.750), Bulgarien (54.364) und Italien (54.546).

Eine Differenz von bis zu 20.000 Stunden Lebensarbeitszeit zwischen dem ersten und letzten Platz zeigt: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist sowohl ein Schlüssel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels als auch zur Abmilderung der Folgen der Alterung der Gesellschaft auf die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere auf die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die erstaunlich großen Unterschiede bei der Lebensarbeitszeit lassen sich zum einen durch eine höhere Produktivität erklären, die es Beschäftigten in Ländern wie Luxemburg erlaubt, auch mit vergleichsweise wenig Arbeit einen hohen Wohlstand zu erwirtschaften. Zum anderen wirken sich große Differenzen bei der Erwerbsbeteiligung, den Teilzeitquoten und -volumina sowie den Jahren, die in Ausbildung und im Ruhestand verbracht werden, auf den Umfang der Lebensarbeitszeit aus.

Neben einer verbesserten Kinderbetreuung, um insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre wöchentliche Arbeitszeit auszuweiten, lässt sich das Arbeitsvolumen in Deutschland durch eine längere Erwerbstätigkeit ausweiten. Dazu sollte die »Rente mit 63« abgeschafft und Menschen die Möglichkeit erleichtert werden, auch nach dem Renteneintritt weiterzuarbeiten. In Japan sind fast die Hälfte der 65- bis 69-Jährigen erwerbstätig. In Island (44,9 Prozent), den USA (30,5), Norwegen

(28,6) und Schweden (25,5) arbeitet immerhin mehr als ein Viertel der Älteren als sogenannte Silver Worker. Während in Deutschland mittlerweile knapp 18 Prozent der 65- bis 69-Jährigen noch berufstätig sind, liegt der Anteil in Belgien, Frankreich und Luxemburg bei unter 6 Prozent.

In Deutschland sind die Silver Worker im Vergleich zu anderen laut einer Umfrage sogar besonders zufrieden mit ihrem Leben. Dabei spielen finanzielle Gründe keine entscheidende Rolle für die fortgesetzte Erwerbstätigkeit. Ausschlaggebend sind vielmehr soziale Kontakte, die Möglichkeit, sich auszutauschen und Wissen weiterzugeben, sowie ein strukturierter Tagesablauf und lieb gewonnene Routinen. Voraussetzung für längeres Arbeiten ist natürlich, dass die Gesundheit mitspielt.

Neben Anpassung der gesetzlichen Regeln zur Förderung der Beschäftigung Älterer sind auch gesellschaftliche Impulse notwendig, die dem sehnsüchtigen Warten auf den Ruhestand und dem Wunsch nach mehr Freizeit etwas entgegensetzen – nämlich wie viel Wertschätzung, Anerkennung und Freude Erwerbsarbeit bringen kann und dass Menschen auf ihre Arbeitsleistung stolz sein können.



RHI-
Studie



Ausblicke

Dieter Frey

Mitglied Forschungspreis-Jury
und RHI-Beirat



Die Erfolgsformel für Beschäftigte und Unternehmen lautet: Skills *und* Werte!

In der modernen Arbeitswelt sind wir gefordert, unsere Fähigkeiten ständig weiterzuentwickeln. Neben digitalen Kompetenzen, die in allen Bereichen immer wichtiger werden, gewinnen auch sozial-emotionale Skills an Bedeutung. Sogenannte Soft Skills wie Empathie, Kommunikation und Teamfähigkeit sind in einem zunehmend komplexen und dynamischen Umfeld essenziell für den Erfolg sowohl einer oder eines jeden Beschäftigten als auch des Unternehmens als Ganzem.

Um Deutschland und Europa im globalen Wettbewerb zu stärken, ist es daher notwendig, diese neuen Skills bereits in Schulen und noch mehr in der Berufsausbildung – im Betrieb, in Berufsschulen und an Hochschulen – zu vermitteln. Gleichzeitig dürfen wir aber »alte« Werte wie Zuverlässigkeit, Umsichtigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Wertschätzung und Respekt nicht vernachlässigen. Denn auch diese sind entscheidend für den Unternehmenserfolg und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Gerade in Zeiten von Verunsicherung und Werteverfall ist es wichtiger denn je, diese bewährten Prinzipien gedeihlichen Miteinanders hochzuhalten und zu stärken.

Unternehmen spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Sie können als Vermittler sowohl der neuen Skills als auch der bewährten Werte wirken. Führungskräfte und Mitarbeiter haben

die Verantwortung, diese Fähigkeiten und Werte im Unternehmen zu leben und in die Gesellschaft zu tragen – etwa in Vereine, Familien und Parteien.

Neben der Vermittlung von Skills und Werten ist es außerdem wichtig, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Potenziale entsprechend ihren Neigungen und Fähigkeiten zu entfalten. Formale Bildungsabschlüsse sind zwar nach wie vor relevant, aber es sollten nicht nur diese zählen. Wir müssen auch Menschen ohne einen Schul-, Ausbildungs- oder Hochschulabschluss, aber mit praktischem Know-how, Interesse und Einsatzbereitschaft fördern und ihnen Chancen zur Weiterentwicklung jenseits formaler Qualifikationen bieten.

Der Schlüssel zum Erfolg in der Zukunft liegt in der Kombination von neuen Skills und alten, aber hochaktuellen Werten. Durch die Vermittlung dieser Kompetenzen und Prinzipien in Schulen, Berufsausbildung und Unternehmen können wir eine Gesellschaft schaffen, die sowohl innovativ als auch menschlich ist.

RHI-Publikationen



Die Publikationen des Roman Herzog Instituts gibt es zum kostenlosen Download auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen oder hier:



Impressum

Roman Herzog Institut e.V.
(Herausgeber)
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

V. i. S. d. P.: Dr. Martin Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e.V.
Registernummer VR 18988, Vereinsregister
München, Amtsgericht München

Redaktion:
Dr. Benjamin Scharnagel,
Martina Martschin, Dr. Martin Lang

Fotos: U1 – Werding, Gerling: Klaus D. Wolf; Rodenstock: Flo Huber; Grimm, Heitzer, Langer: Nadine Stegemann; Köster, Eppinger: Autor/privat; Bartels: Minda de Gunzburg Center for European Studies, Harvard University. Innenteil – Rodenstock (1), Gerling (4), Enste (18), Frey (20): Klaus D. Wolf; Langer (2, 3), Gerling (5), Heitzer (6, 7), Preisverleihung (8), Grimm (9, 10): Nadine Stegemann; Eppinger (12), Köster (16): Autor/privat; Bartels (14): siehe U1; Werding (18): Sachverständigenrat Wirtschaft. Alle anderen: RHI.

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

© RHI 09/2024



Folgen Sie
uns auf ...



ROMAN HERZOG
[**20 FORSCHUNGSPREIS**
25 Soziale Marktwirtschaft

Ideen nach vorne bringen
Initiative ergreifen
Zukunft gestalten

Preisträger:innen gesucht!

Das Roman Herzog Institut wurde 2002 auf Initiative von Bundespräsident a. D. Roman Herzog und Prof. RandoIf Rodenstock gegründet. Der Think Tank bearbeitet gesellschaftliche Fragestellungen aus multidisziplinären Perspektiven. Im Jahr 2025 vergibt das Institut zum zwölften Mal den

Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft

Der Preis ist mit 35.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden drei aktuelle wissenschaftliche Forschungsarbeiten, die einen Beitrag zur Gestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leisten. Einsendungen aus allen Fachbereichen sind gewünscht.

Angenommen werden Dissertationen sowie Habilitationsschriften in deutscher oder englischer Sprache. Die Altersbeschränkung liegt bei 40 Jahren. Elternzeiten werden angerechnet. Kumulative Beiträge sind eingeschlossen.

Bewerbungsschluss ist der 31.12.2024



Informationen und Teilnahmebedingungen:
romanherzoginstitut.de/forschungspreis

ROMAN HERZOG | INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft